

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

16. WP - 17. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. Mai 2006, 14 Uhr,  
Versuchsgut Siek in Bothkamp

### **Anwesende Abgeordnete**

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Herlich Marie Todsén-Reese (CDU)

Konrad Nabel (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Karl-Martin Hentschel

Wolfgang Kubicki (FDP)

i. V. von Günther Hildebrand

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Dr. Henning Höppner (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Besichtigung des Versuchsguts Siek in Bothkamp</b>	<b>5</b>
<b>2. Sachstandsbericht der Landesregierung zur Umweltakademie und der Akademie für ländliche Räume</b>	<b>6</b>
Antrag der Abgeordneten des SSW Umdruck 16/602	
<b>3. a) Bericht der Landesregierung über die von der EU geforderten Nachbesserungen bei der Meldung von NATURA-2000-Gebieten (Eiderstedt, Eider-Treene-Sorge-Region, Lauenburgische Seen)</b>	<b>9</b>
Antrag des Abg. Günther Hildebrand (FDP) Umdruck 16/765 (neu)	
<b>b) Verfahrensfragen</b>	
hier: Entscheidung über die Einladung weiterer Sachverständiger	
<b>4. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - § 47 f Gemeindeordnung</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/537	
<b>5. Erhalt des Landeswaldes</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/649	
<b>6. Raumordnungsbericht Küste und Meer 2005</b>	<b>12</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/551	

- 7. „Schleswig-Holstein in Europa: Wir nutzen unsere Chancen“ Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2006 - Europabericht 2006 - 13**
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/641
- 8. Entwurf eines Gesetzes über die oder den Landesbeauftragten für Naturschutz 14**
- Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/709
- 9. Verschiedenes 15**

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Besichtigung des Versuchsguts Siek in Bothkamp**

Der Ausschuss lässt sich von Herrn Dr. Stern, dem Regionalleiter von BASF, Hof Siek, sowie Herrn Höper, Abteilung Beratung Schleswig-Holstein am Betriebsstandort Hof Siek in Bothkamp, über den Versuchsstandort Hof Siek berichten (siehe Umdruck 16/849).

In der nachfolgenden Diskussion werden insbesondere die Bereiche Zusammenarbeit zwischen BASF und Landwirtschaftskammer, Bauernverband und Pflanzenzüchtern, Resistenzen sowie Kosten von Pflanzenschutzmitteln angesprochen.

Im Anschluss besichtigt der Ausschuss den Vertriebsstandort Hof Siek sowie den Lehrpfad Kulturlandschaft Bothkamp - Hof Siek.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Sachstandsbericht der Landesregierung zur Umweltakademie und der Akademie für ländliche Räume**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Umdruck 16/602

St Rabijs wendet sich zunächst der **Umweltakademie** zu und führt aus, sie setze das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und den Bildungsansatz Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schleswig-Holstein durch und um. Sie bediene einen ganzen Strauß von Zielgruppen. Dazu zählten beispielsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bereich des Umweltschutzes, Multiplikatoren aus sämtlichen Bildungsebenen sowie die ehrenamtlichen Umweltschutzmitarbeiterinnen und –mitarbeiter. Das Angebot umfasse etwa 100 Veranstaltungen im Jahr. Hinzu kämen Dienstleistungen aus dem Bereich Beratung, Information und Vernetzung. Im Folgenden nennt er einige von der Umweltakademie durchgeführte Projekte.

Zum Bereich Prozessoptimierung und weitere Entwicklung legt er dar, der Abschlussbericht der Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung“ habe die Empfehlung ausgesprochen, die Umweltakademie als Dezernat für Fortbildung auf das Landesamt für Bodenmanagement zu übertragen und gleichzeitig vier Planstellen einzusparen. So habe das Kabinett am 24. Januar beschlossen.

Auf der Arbeitsebene werde derzeit die Umsetzung vorbereitet. Dabei sollten folgende Vorgaben berücksichtigt werden: Zunächst einmal gehe es um die Eingliederung der Umweltakademie in das künftige Landesamt. Als Zwischenschritt bis zur Eingliederung in das Landesamt solle ab 1. Januar 2007 die Umweltakademie integriert werden, um mögliche Synergieeffekte schnellstmöglich zu realisieren. Mittelfristig sei vorgesehen, dass die Akademie im vierten Quartal 2007 nach Flintbek umziehe. Dieser Termin sei gewählt worden, weil der Mietvertrag mit der Stadt Neumünster noch bis Ende 2007 laufe. Zu erwähnen sei, dass die Stadt Neumünster an das Land herangetreten sei und Angebote für eine Verlängerung des Mietvertrages unterbreitet habe.

Vorgesehen sei, von zurzeit 13 Stellen 4 Stellen einzusparen. Es sollten keine Entlassungen ausgesprochen werden. Die Einsparungen seien im Rahmen der Strukturreform zu leisten. Die Aufgabenschwerpunkte sollten erhalten bleiben. Das äußere Erscheinungsbild solle insofern angepasst werden, als auch neue Zielgruppen angesprochen werden könnten.

St Rabiüs geht sodann auf die Zusammenarbeit mit der **Akademie für ländliche Räume** ein. Hierzu merkt er an, dass die Akademie für ländliche Räume seit dem 1. Februar 2006 in den Standort Neumünster der Umweltakademie eingezogen sei. Dies sei deshalb möglich gewesen, weil der NABU ausgezogen sei und eine neue Dienststelle bezogen habe. Die Bezuschussung der Akademie für ländliche Räume, bei der es sich um einen eingetragenen Verein handle, sei um 35.000 € gekürzt worden. Die Einsparungen seien durch die Bürointegration realisiert worden. Gewünscht sei eine enge Kooperation; diese sei auch gut realisiert worden.

Im Folgenden schildert er kurz die Aufgabenstellungen und die Zielgruppen der Akademie für ländliche Räume.

Abg. Harms erkundigt sich nach der künftigen Zusammenarbeit der Umweltakademie und der Akademie für ländliche Räume sowie nach den künftigen institutionellen Kontakten zwischen Umweltakademie und Umweltverbänden.

St Rabiüs antwortet, der Akademie für ländliche Räume sei angeboten worden mitzuziehen. Die Entscheidung liege allerdings bei ihr. Die Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden sei ein wichtiges Anliegen. Sie solle fortgesetzt werden. Noch nicht endgültig entschieden sei, in welcher institutionellen Form. AL Sebelin ergänzt, der jetzige Beirat habe vorgeschlagen, beispielsweise die künftigen Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen eines Kuratoriums beratend zu begleiten.

Abg. Heinold fragt nach den konkreten Stelleneinsparungen zum einen durch die Integration der Umweltakademie in das LANU und zum zweiten durch den Umzug. Sie fragt ferner nach dem Angebot der Stadt Neumünster. Sie bezieht sich sodann auf den Koalitionsvertrag, führt aus, dass danach eine Enquetekommission „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ geplant sei, möchte wissen, ob und gegebenenfalls wann diese eingesetzt werden solle und gibt zu bedenken, Strukturentscheidungen erst dann zu treffen, wenn die Enquetekommission ihr Ergebnis vorgelegt habe.

Herr St Rabiüs legt dar, bis zum 1. Januar 2007 sei geplant, bei Beibehaltung des Standortes Neumünster 1,3 Stellen sowie Sachkosten, nach dem Umzug 3,6 Stellen sowie Sachkosten in Höhe von 80.000 € einzusparen. AL Sebelin legt im Einzelnen das Angebot der Stadt Neumünster sowie die sich für die Akademie ergebenden Konsequenzen dar. Im Ergebnis beliefen sich die Einsparungen im Sachbereich auf etwa 40.000 € statt der geplanten 80.000 € und die Personaleinsparungen auf maximal 1,3 Stellen statt der vorgesehenen 3,6 Stellen beliefen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass beabsichtigt sei, die Umweltakademie auch

in ihrer künftigen Funktion als Referat für Fortbildung unter dem Begriff „Akademie“ arbeiten zu lassen.

Abg. Todsens-Reese vertritt die Auffassung, dass das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schleswig-Holstein grundsätzlich interessant sei und sich nicht nur auf das Verhältnis der hier diskutierten Einrichtungen beziehe. Hinsichtlich der Einsetzung einer Enquetekommission werde derzeit beraten.

Abg. Heinold beantragt, die Landesregierung zu bitten, eine Entscheidung über einen Umzug zurückzustellen, bis die geplante Enquetekommission ihre Empfehlung abgegeben hat.

Abg. Nabel betont, die Akademie für Natur und Umwelt sei ein Bestandteil für nachhaltige Bildung. Er sehe die Arbeit der Akademie als solche als nicht gefährdet an und sei davon überzeugt, dass die organisatorische Zusammenführung Akzeptanz finden werde. Aus seiner Sicht sollte der von Abg. Heinold hergestellte Konnex nicht gemacht werden.

Auf eine Frage nach der Haltung der Akademie für ländliche Räume erklärt Herr Dr. von Plüskow zum einen, dass eine Entscheidung über den Standort vom Vorstand zu treffen sei. Zum anderen weist er auf den mit dem Ministerium geschlossenen fünfjährigen Vertrag hin sowie darauf, dass durch die Bürogemeinschaft Synergieeffekte entstanden seien. Folge dieser Synergieeffekte sei, dass die Akademie für ländliche Räume die drastische Senkung der Zuschüsse habe verkraften können. Grundsätzlich vertrete er die Auffassung, dass der subjektiv und objektiv beste Standort gewählt werden sollte.

Der Antrag der Abg. Heinold wird von der Mehrheit der Stimmen der SPD, den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung aus dem Bereich der SPD abgelehnt.

Der Ausschuss nimmt sodann den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**a) Bericht der Landesregierung über die von der EU geforderten Nachbesserungen bei der Meldung von NATURA-2000-Gebieten (Eiderstedt, Eider-Treene-Sorge-Region, Lauenburgische Seen)**

Antrag des Abg. Günther Hildebrand (FDP)  
Umdruck 16/765 (neu)

**b) Verfahrensfragen**

hier: Entscheidung über die Einladung weiterer Sachverständiger

Der Vorsitzende bezieht sich auf den Antrag des Abgeordneten Hildebrand in Umdruck 16/765 (neu) und erklärt, er habe sich insbesondere vor dem Hintergrund möglicher entstehender Kosten nicht in der Lage gesehen, zu diesem Tagesordnungspunkt ohne Votum des Ausschusses weitere Sachverständige einzuladen.

Abg. Kubicki erklärt, seine Fraktion halte die Behandlung des Tagesordnungspunktes zum gegenwärtigen Zeitpunkt für überflüssig und habe eine Beratung des Themas im Plenum des Landtages beantragt.

Abg. Nabel erklärt grundsätzlich, er halte es für erforderlich, dass, wenn Sachverständige eingeladen würden, diese verschiedene Positionen verträten.

Abg. Harms fragt nach dem Zeitpunkt der Meldung der Gebiete sowie der Veröffentlichung.  
- St Rabijs erläutert, die Meldung an das Bundesumweltministerium werde voraussichtlich am 18. Mai erfolgen. Diese müsse bei der EU-Kommission spätestens bis zum 10. Juli eingegangen sein. Gegen die Meldung selbst könne kein Rechtsmittel eingelegt werden. Allerdings könne eine Feststellung im Rahmen einer Landschaftsschutzverordnung einem Normenkontrollverfahren unterzogen werden. Eine Landschaftsschutzverordnung sei auf den Weg gebracht. Der Landrat werde sie in Kürze in das Anhörungsverfahren geben.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - § 47 f Gemeindeordnung**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/537

(überwiesen am 27. Januar 2006 an den **Sozialausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse)

Der Ausschuss schließt sich dem Votum des federführenden Sozialausschusses an und empfiehlt dem Landtag die Annahme in der vom Sozialausschuss geänderten Fassung.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Erhalt des Landeswaldes**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/649

(überwiesen am 23. März 2006)

Abg. Hamerich erläutert auf eine Frage des Abg. Kubicki, dass eine Projektgruppe „Forst“ gebildet worden sei. In dieser solle eine Konzeption für den Landesforst in Schleswig-Holstein erarbeitet werden.

Die Koalitionsvertreter beantragen, die Beratung des Antrags bis zum Vorliegen des Ergebnisses dieser Projektgruppe zurückzustellen.

Abg. Kubicki erklärt sich damit einverstanden, sofern der Ausschuss die Beratungen vor einer Kabinettsentscheidung durchführt.

Der Ausschuss stellt die Beratung bis zum Vorliegen des Arbeitsergebnisses der Projektgruppe „Forst“ zurück.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Raumordnungsbericht Küste und Meer 2005**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/551

(überwiesen am 23. März 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den  
Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Herr Diller führt grundsätzlich aus, die Raumordnung solle die grundsätzliche Nutzung regeln. Seit einigen Jahren verstärke sich die Nutzung auch im Meeresbereich. Deshalb habe die Landesplanung erstmalig einen Raumordnungsbericht Küste und Meer erarbeitet. In diesem sei der wesentliche Handlungsbedarf dargestellt worden.

Auf eine Nachfrage des Abg. Harms hinsichtlich der Planungen Binnenhochwasser führt Herr Diller aus, diese Thematik sei in die Novellierung der Landesraumordnungspläne aufgenommen worden. Die Auswirkungen würden in den Regionalplänen ersichtlich.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Raumordnungsbericht Küste und Meer 2005 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**„Schleswig-Holstein in Europa: Wir nutzen unsere Chancen“ Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2006 - Europabericht 2006 -**

Bericht der Landesregierung

Drucksache 16/641

(überwiesen am 24. März 2006 an den **Europaausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Europabericht 2006 ohne weitere Beratung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die oder den Landesbeauftragten für Naturschutz**

Gesetzesentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/709

(überwiesen am 4. Mai 2006)

- Verfahrensfragen -

Abg. Heinold beantragt, eine Anhörung durchzuführen.

Abg. Todsens-Reese schlägt vor, die geplante Novellierung zum Landesnaturschutzgesetz abzuwarten und gemeinsam mit diesem eine Anhörung durchzuführen. - Diesem Vorschlag schließen sich Abg. Nabel und Abg. Harms an. Abg. Heinold erklärt sich mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden für den Fall, dass die erste Lesung des Regierungsentwurfs erst in der September-Tagung stattfindet. Auf ihren Vorschlag hin vertagt der Ausschuss die Beratung bis zur nächsten Sitzung.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende weist auf das Protokoll über die Besprechung zur Vertikalen Stranddrainage am 10. April 2006 hin (Umdruck 16/808).

Abg. Nabel bittet um Information des Ausschusses für den Fall, dass sich neuere Entwicklung im Bereich Ausbaggerung Hamburg ergeben.

AL Brahms berichtet, es habe ein Gespräch mit Vertretern des Wildparkes Eekholt hinsichtlich einer Schutzgebietsausweisung im Bereich des Wildparkes stattgefunden mit dem Ziel, eine freiwillige Vereinbarung abzuschließen. Es bestehe weitgehend Konsens. Das nächste Gespräch sei für Juni geplant.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 16:40 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin